

Mindestlohn für alle

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit - ausnahmslos

DIE LINKE streitet für einen Mindestlohn, der auch Langzeiterwerbslose und junge Beschäftigte nicht ausschließt. Union und SPD wollen sie zu Beschäftigten zweiter Klasse machen. Von Respekt für geleistete Arbeit fehlt hier jede Spur. Der Mindestlohn muss für alle gelten. Daher lehnt DIE LINKE alle Ausnahmewünsche der Arbeitgeberlobby entschieden ab.

Langzeiterwerbslose dürfen nicht gedemütigt werden

Langzeiterwerbslose werden bei der Aufnahme einer neuen Arbeit besonders häufig mit Niedriglöhnen abgespeist. Trotzdem wollen Union und SPD ihnen den Mindestlohn vorenthalten. Mehr als eine Million Menschen wären betroffen. Statt Langzeiterwerbslose zu stigmatisieren, müssen gerade sie den Schutz durch den Gesetzgeber erhalten.

Jugendliche nicht grundgesetzwidrig behandeln

Mehr als 300 000 junge Menschen unter 18 Jahren arbeiten nebenher ausschließlich in einem Minijob oder einer kurzfristigen Beschäftigung. Das sind in aller Regel Schülerinnen und Schüler, die ihr Taschengeld aufbessern oder einen Ferienjob machen. Unter 18-Jährige dürfen nicht weniger Lohn erhalten als über 18-Jährige. Das ist Altersdiskriminierung und verfassungswidrig.

20,2 Prozent der Beschäftigten verdienen weniger als 8,50 Euro

Es ist höchste Zeit, dass der Mindestlohn endlich kommt. DIE LINKE wird weiter für einen Mindestlohn in Höhe von 10 Euro pro Stunde eintreten, der jährlich entsprechend der Entwicklung der Tariflöhne angepasst wird.



DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

Mindestlohn für alle

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit - ausnahmslos

DIE LINKE streitet für einen Mindestlohn, der auch Langzeiterwerbslose und junge Beschäftigte nicht ausschließt. Union und SPD wollen sie zu Beschäftigten zweiter Klasse machen. Von Respekt für geleistete Arbeit fehlt hier jede Spur. Der Mindestlohn muss für alle gelten. Daher lehnt DIE LINKE alle Ausnahmewünsche der Arbeitgeberlobby entschieden ab.

Langzeiterwerbslose dürfen nicht gedemütigt werden

Langzeiterwerbslose werden bei der Aufnahme einer neuen Arbeit besonders häufig mit Niedriglöhnen abgespeist. Trotzdem wollen Union und SPD ihnen den Mindestlohn vorenthalten. Mehr als eine Million Menschen wären betroffen. Statt Langzeiterwerbslose zu stigmatisieren, müssen gerade sie den Schutz durch den Gesetzgeber erhalten.

Jugendliche nicht grundgesetzwidrig behandeln

Mehr als 300 000 junge Menschen unter 18 Jahren arbeiten nebenher ausschließlich in einem Minijob oder einer kurzfristigen Beschäftigung. Das sind in aller Regel Schülerinnen und Schüler, die ihr Taschengeld aufbessern oder einen Ferienjob machen. Unter 18-Jährige dürfen nicht weniger Lohn erhalten als über 18-Jährige. Das ist Altersdiskriminierung und verfassungswidrig.

20,2 Prozent der Beschäftigten verdienen weniger als 8,50 Euro

Es ist höchste Zeit, dass der Mindestlohn endlich kommt. DIE LINKE wird weiter für einen Mindestlohn in Höhe von 10 Euro pro Stunde eintreten, der jährlich entsprechend der Entwicklung der Tariflöhne angepasst wird.



DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G